

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 16. September 2024 · Nr. 216/38 E1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,70 € F.A.Z. im Internet: faz.net

Schüsse in der Nähe von Donald Trump

fia. WASHINGTON. Nach Schüssen in der Nähe von Donald Trump ist der republikanische Präsidentschaftskandidat in Sicherheit. Das teilte ein Sprecher am Sonntag mit, nannte zunächst jedoch keine Details. Laut der Polizei von Palm Beach County fielen die Schüsse auf dem Gelände des Trump International Golf Course in Florida, auf dem der frühere Präsident gerade Golf spielte. Ein Verdächtiger sei festgenommen worden, das Motiv bislang jedoch nicht bekannt. Der Sender CNN berichtete unter Berufung auf Sicherheitsbeamte, es sei eine Langwaffe sichergestellt worden. Der Secret Service, der für den Schutz Trumps zuständig ist, sprach von einem „Vorfall“ am frühen Nachmittag; zu späterer Stunde sollten weitere Informationen bekanntgegeben werden. Das Weiße Haus äußerte in einer Stellungnahme, Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris, die als demokratische Präsidentschaftskandidatin gegen Trump antritt, seien über den Vorfall informiert worden. Sie seien erleichtert, „Trump in Sicherheit zu wissen“. Mitte Juli hatte ein Attentäter während einer Wahlkampfveranstaltung einen Mordanschlag auf Trump verübt. Ein Schuss hatte den Republikaner damals am Ohr getroffen. (Siehe auch Seite 5.)

Von den Fluten verschlungen



Hochwasser in Mittel- und Osteuropa – Die Überschwemmungen waren abzusehen, so stark war der Dauerregen der vergangenen Tage. Am Wochenende hat sich die Hochwasserlage vor allem im Osten Europas zugespitzt: In Polen brach ein Staudamm, in der Tschechischen Republik

stürzten Häuser ein. Tausende Menschen mussten in Sicherheit gebracht werden. In Niederösterreich wurde gar der Katastrophenfall ausgerufen. Überall in den betroffenen Regionen standen Straßen unter Wasser, so wie hier in Głucholazy in Südpolen. **Seite 7**

Foto AFP

Mehr Druck auf Russland

Von Nikolas Busse

Biden war bei jeder Waffenlieferung an die Ukraine zögerlich. Deswegen ist es keine Überraschung, dass er sich schwertut damit, dem Land nun den Beschluss von russischen Zielen tiefer im Landesinneren zu erlauben. Man sollte das nicht als Hasenfüßigkeit abtun, wie das auch in der oft emotional geführten deutschen Debatte geschieht. Es geht hier um eine Güterabwägung, und die ist weiterhin nicht einfach.

In Washington werden im Wesentlichen drei Gründe angeführt, die gegen eine Freigabe sprechen: dass der militärische Nutzen geringer sein dürfte, als man in Kiew glaubt, weil Russland seine Waffensysteme außer Reichweite der westlichen Raketen verlegen kann; dass Amerika die ATACMS zur Sicherung Europas und Asiens selbst braucht und gar nicht genug abgeben kann, dass sie einen wesentlichen Unterschied in dem Krieg machen würden; dass Russland als Vergeltung Iran dabei helfen könnte, amerikanische Stellungen in Nahost anzugreifen. Das sind gewichtige Einwände, die man nicht

einfach mit dem Hinweis beiseiteschieben kann, Putin habe bisher ja noch nie auf das Überschreiten roter Linien reagiert. Der Fall ist etwas anders gelagert. Jetzt geht es nicht mehr um eine Kampfkraftsteigerung der Ukraine auf ihrem Staatsgebiet, sondern um den Beschluss russischen Territoriums mit westlichen Waffen. Ein Kriegseintritt wäre das nicht, wie Putin behauptet, aber es könnte seine Bereitschaft zu Gegenmaßnahmen erhöhen.

Letztlich steht der Westen immer wieder vor derselben Erkenntnis. Ohne Risiko und Kosten ist der Ukraine nicht beizustehen. Wenn das Land nicht verlieren soll, und dafür gibt es weiter gute (strategische) Gründe, dann kann man auch in diesem Fall auf die Abschreckung der NATO vertrauen und sich ansonsten gegen hybride Aktionen Moskaus wappnen. Ist dem Westen das Risiko zu hoch, dann sollte er der Ukraine wenigstens mehr Waffen und Munition liefern, denn ohne größeren Druck wird man Russland nicht an den Verhandlungstisch bekommen.

Justiz nur mit Demokratie

Von Stephan Klenner

Landesverfassungsgerichte erfahren wenig Aufmerksamkeit. Ihre Richter arbeiten anders als in Karlsruhe fast immer jenseits öffentlicher Wahrnehmung. Trotzdem sind sie wichtig. Unsere föderale Ordnung beruht darauf, die Macht zwischen Bund und Ländern auch in der Rechtsprechung zu teilen. Landesverfassungsrichter müssen die zentralen Normen unseres Zusammenlebens ebenso unparteiisch auslegen wie ihre Kollegen auf Bundesebene. Ist das Wahlrecht berührt, agieren auch sie als Schutzpatrone der Demokratie.

In Thüringen können diese Schutzpatrone künftig nur mit Zustimmung von AfD-Abgeordneten ins Amt kommen. In der Verfassung des Freistaates steht, dass der Landtag die Richter am Verfassungsgerichtshof mit Zweidrittelmehrheit wählt. Da die AfD mehr als ein Drittel der Abgeordneten im neuen Landtag stellt, kann dieses Quorum ohne ihre Mitwirkung nicht erreicht werden.

Für den Verfassungsgerichtshof in Weimar ist das eine schlechte Nachricht: Sollten sich Höckes Leute querstellen, wäre die Richterwahl blockiert. Verfassungsrichter, deren Amtszeit abgelaufen ist, blieben dann zwar geschäftsführend im Amt. Ihre demokratische Legitimation wäre aber beeinträchtigt. Es ist ein glücklicher Zufall, dass die Amtszeit von acht der neun Thüringer Verfassungsrichter bis in das Jahr 2029 reicht. Höckes Obstruktionspotential gegenüber dem Gerichtshof dürfte daher in dieser Wahlperiode überschaubar sein.

Etwas anderes gilt für den Richterwahlausschuss. Er hat die Aufgabe, die Richter an den Thüringer Amts- und Landgerichten auf Lebenszeit in ihre Ämter zu berufen. Die Landesverfassung schreibt vor, dass jede Landtagsfraktion mit einem Mitglied in diesem Ausschuss vertreten ist. In der vergangenen Wahlperiode hat die AfD das als Druckmittel genutzt: Sie benannte ihr Mitglied erst dann, als die anderen Fraktionen zusicherten, einen Landtagsvizepräsidenten aus ihren Reihen zu wählen. Richter auf Lebenszeit sind grundlegend für die Unabhängigkeit der Justiz. Die AfD wusste genau, dass der Ausschuss nicht längere Zeit unvollständig bleiben konnte und die anderen Fraktionen einlenken würden.

Dass Rechtsextreme auf zentrale Organe unseres Rechtsstaats solchen Einfluss haben, ist schwer erträglich. Es ist deshalb gut, dass Politik und Rechtswissenschaft auf Bundes- und Landesebene darüber diskutieren, wie die Wehrhaftigkeit der Gerichte zu stärken ist. In Berlin hat dies zu einem Ergebnis geführt: Ampel und Union haben sich nach monatelangem Ringen darauf verständigt, zen-

trale Regeln zur Arbeitsweise des Bundesverfassungsgerichts ins Grundgesetz zu schreiben. Die Debatte im Vorfeld war allerdings kein Vorbild für die Bundesländer. Zu viele Politiker messen beim Schutz der Justiz mit zweierlei Maß. So gab es Stimmen, die zwar einerseits das Zweidrittelquorum für die Wahl der Bundesverfassungsrichter verteidigten, andererseits aber mehr oder weniger offen sagten, es bei einer Sperrminorität der AfD-Abgeordneten im Bundestag einfachgesetzlich außer Kraft setzen zu wollen. Wer so doppelbödig argumentiert, erweist dem Rechtsstaat einen Bärendienst.

Auch in Thüringen gibt es Vorschläge, die ein ähnliches Denken erkennen lassen. In der Rechtswissen-

Auch Verfassungsgerichte können nicht losgelöst von Mehrheiten im Parlament agieren.

schaft kursiert die Idee, der Verfassungsgerichtshof solle sich im Fall einer Landtagsblockade ohne parlamentarische Beteiligung selbst neue Richter aussuchen. Manche Verfassungsrechtler wollen aus Angst vor der AfD gar die geheime Wahl des Ministerpräsidenten abschaffen. Diese Vorschläge schwächen die Demokratie. Sie sind abzulehnen. Der Schutz staatlicher Organe hat Grenzen. Sie werden überschritten, wenn Reformen die demokratische Legitimation der Amtsträger aushöhlen. Auch die Judikative darf nicht völlig losgelöst von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament agieren.

Es ist deshalb falsch, Richterwahlordnungen mit der Maßgabe zu reformieren, der AfD um jeden Preis jeglichen Einfluss zu verwehren. Im Gegenteil: Einer Partei, die von einem Drittel des Volkes gewählt wird, steht ein Mindestmaß an Mitwirkung zu. Einer möglichen Obstruktion durch die Extremisten muss dennoch vorgebeugt werden. Ein Ansatzpunkt dafür findet sich in Hessen: Dort wählt der Landtag einen Teil der Verfassungsrichter ohne Zweidrittelmehrheit proportional nach Fraktionsstärke. Das bewirkt zwar, dass ein von der AfD vorgeschlagener Anwalt auf der Richterbank des Wiesbadener Staatsgerichtshofs sitzt. Es kam aber weder zu einer Wahlblockade noch zu einer Schwächung der Demokratie. Auch die Funktionsfähigkeit des Staatsgerichtshofs hat nicht gelitten. Die anderen Richter sorgen dafür, dass der Mann keinen Schaden anrichtet. Das beste Mittel gegen solche Richter bleibt aber eine Politik, die Extremisten aus Parlamenten fernhält.

Sozialpolitik in der Zeitenwende

Fortschritt besteht nicht darin, immer mehr Ansprüche zu erfüllen, sondern Menschen zu befähigen, sich selbst zu helfen. **Die Gegenwart, Seite 6**

Sie sagen mal so, mal so

Trump stützt seine Aussagen über Wahlfälschung 2020 auf die Briefwahl. Jetzt fordern die Republikaner selbst dazu auf. **Politik, Seite 5**

Der Ehemann, das Monster

Betäubt und vergewaltigt: Giséle Pelicot ist unvorstellbare Gewalt zugefügt worden. Jetzt sagt sie aus. **Feuilleton, Seite 9**

Ausgebremste Elektrolaster

Der Elektroantrieb beherrscht die Nutzfahrzeugmesse IAA Transportation. Dessen Verbreitung aber stockt. **Wirtschaft, Seite 22**

Die Millionenfrage

Mehr Spiele, noch mehr Geld: Welche Folgen wird die Reform der Champions League für die Bundesliga haben? **Sport, Seite 23**

Zerwürfnis am Flughafen

Nach der Betriebsratswahl bei der Fraport AG ist von Wahlbetrug und mafiosen Strukturen die Rede. **Rhein-Main-Zeitung, Seite 1**

Briefe an die Herausgeber

Voigt prüft Bündnis mit SPD und BSW

F.A.Z. FRANKFURT. Der CDU-Landesvorsitzende in Thüringen, Mario Voigt, prüft eine Zusammenarbeit mit SPD und BSW. „Mit ihnen führen wir momentan Optionsgespräche, um einen guten Weg für Thüringen zu finden“, schreibt Voigt in einem Gastbeitrag für die F.A.Z. „Es muss dabei zuvorderst um Thüringer Themen gehen. Wir suchen das Verbindende und nicht das Trennende.“ Die CDU stehe in der Verantwortung, „eine Kooperationsregierung zu bilden, die aus eigenem Gestaltungswillen heraus handelt – nicht im bloßen Widerstand gegen andere“, schreibt Voigt. (Siehe Seite 8.)

Radtke folgt auf Laumann als Vorsitzender des CDA

F.A.Z. FRANKFURT. Dennis Radtke führt künftig den CDU-Arbeitnehmerflügel und tritt damit die Nachfolge von Karl-Josef Laumann an. Der 45 Jahre alte Radtke wurde am Wochenende in Weimar auf der Bundestagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) mit 83,1 Prozent der gültigen Stimmen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Laumann war nach 19 Jahren an der Spitze nicht mehr zur Wahl angetreten und wurde Ehrenvorsitzender. Radtke ist CDU-Europaabgeordneter mit den Schwerpunkten Industrie, Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. (Siehe Seite 8.)

Hizbullah und Huthi feuern Raketen auf Israel

F.A.Z. FRANKFURT. Die libanesische Schiitenmiliz Hizbullah hat nach eigenen Angaben Dutzende Raketen auf den Norden Israels abgefeuert. Die Organisation reklamierte die Angriffe, die einem Militärstützpunkt geglont haben sollen, für sich. Die israelische Armee teilte mit, etwa 40 Geschosse seien von Libanon aus auf Israel abgefeuert worden. Ein Teil sei von der Raketenabwehr abgefangen worden, der Rest in offenen Gebieten niedergegangen. Auch die Huthi-Miliz im Jemen hat unterdessen eine ballistische Rakete auf Israel abgefeuert, wie ein Sprecher sagte.

FC Bayern nach 357 Tagen wieder Tabellenführer

F.A.Z. FRANKFURT. Der FC Bayern München hat in der Fußballbundesliga die Tabellenführung übernommen. Nach dem 6:1-Sieg bei Holstein Kiel steht der deutsche Rekordmeister nach dem dritten Spieltag erstmals seit 357 Tagen wieder an der Spitze. Dem VfB Stuttgart, wie die Münchner am kommenden Dienstag in der Champions League gefordert, gelang mit dem 3:1 in Mönchengladbach der erste Sieg in dieser Bundesligasaison. In der Formel 1 gewann Oscar Piastri am Sonntag den Großen Preis von Aserbaidschan. Der McLaren-Pilot siegte vor Charles Leclerc (Ferrari). (Siehe Sport.)



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,50 € / Kanaren, Balearen 4,70 € / Schweiz 5,50 sfrs

Begabte Kämpferin

Zum Tod der Ballerina Michaela DePrince

Am vergangenen Freitag ist die Ballerina Michaela Mabinty DePrince unerwartet im Alter von 29 Jahren verstorben. Ihr bewegendes Schicksal hatte sie vor zehn Jahren in einem mit ihrer amerikanischen Adoptivmutter Elaine DePrince verfassten, sehr lesenswerten Buch geschildert. In „Taking Flight. From War Orphan to Star Ballerina“ beschreibt die afrikanische Kriegswaise, aus welchen traumatisierenden Lebensumständen sie die Adoption gerettet hat. In ihrer Heimat Sierra Leone herrschte Bürgerkrieg, als sie 1995 geboren wurde. Drei Jahre später wurde ihr Vater bei der Arbeit in einer Diamantmine ermordet. Ihre Mutter starb. Die an Vitiligo leidende Vollwaise, deren Haut deshalb unregelmäßig helle, pigmentfreie Stellen aufwies, kam in ein Waisenhaus.

In den Vereinigten Staaten ermöglichte ihre neue Familie ihr, eine klassische Ballerina zu werden, wie sie es sich schon als Dreijährige ausgemalt hatte. Die Ausbildung vervollständigte sie an der Ballettschule des American Ballet Theatre in New York und wurde die jüngste Tänzerin im „Dance Theatre of Harlem“. Sie trat in dem Ballettfilm „First Position“ auf sowie in „Dancing with the Stars“. In Beyoncé's Musikvideo „Freedom“ tanzte sie für eine Gemeinschaft schwarzer Frauen auf Spitze. 2022 kam eine „Coppélia“-Verfilmung mit ihr ins Kino. Mehrere Jahre tanzte sie für Het Nationale Ballet in Amsterdam als Solistin, bevor sie von Europa



Michaela DePrince Foto Picture Alliance

2021 zum Boston Ballet wechselte. Michaela DePrince setzte sich für Kinder in Kriegsgebieten ein. Es war ihr wichtig, schwarzen Kindern zu zeigen, dass eine Ballettkarriere nicht außerhalb ihrer Möglichkeiten liegt. Ihren Rassismus-Erfahrungen trat sie nüchtern entgegen. Schwarze Mädchen seien angeblich zu athletisch, um klassische Tänzerinnen zu werden, oder ihre Körperformen entwickelten sich häufig in der Pubertät nicht ballettkonform, hieß es, als sie ein Teenager war. Schwarze Mütter bedauerten sie für ihre weiße Adoptivmutter, die angeblich schwarzes Haar nicht zu flechten verstünde.

Einer der Liebesbeweise von Elaine DePrince bestand darin, es zu lernen, ein anderer, dass sie dem Kind sagte, ihre Pigmentstörungen sähen auf der Bühne aus wie Feenstaub. WIEBKE HÜSTER



Ein Gespräch über schwarzen Hip-Hop in Deutschland, das mehr Einsichten vermittelte als manche Talkshow im Fernsehen: von links die Musiker Mortel, Afrob, Amewu, Die P, Megaloh sowie die Moderatorin Aisha Camara. Foto Mathias Völzke/HKW

Das Haus der Kulturen der Welt in Berlin ist so etwas wie das Gegenbild der lautstark geführten Migrations- und Abschiebedebatte im politischen Deutschland. Hier werden Diversität und Plurikulturalismus gefeiert, hier soll Platz sein für Minderheiten (ethnisch, geographisch, sozial, sexuell, kulturell) und der Rand für einen Augenblick vergessen machen, dass viele von uns aus Gewohnheit nur auf das Zentrum starren. Der Buchladen im Foyer gibt einen hübschen Eindruck davon, das hereinströmende Berliner Publikum auch.

Erst recht ist dieser Gedanke den kulturellen Aktivitäten des Hauses abzulesen, etwa dem neuen Projekt „heimaten“, das den Begriff nicht nur in den Plural setzt (das HKW liebt Doppelsinn und theorieelastige Kalauer), sondern gleich zum Verb macht und diese Konjugation am großen Eröffnungswochenende auf riesige Videowände warf: „Ich heimate. Du heimestest. Xier heimatet. Wir heimaten. Ihr heimatet. Sie heimateten.“ Die Neuschöpfung „xier“ geht dabei noch über das klassische „er, sie, es“ hinaus und soll alle Gender-Identitäten einschließen. Wer sich von dieser Digitalpädagogik nicht abschrecken lässt, darf eintreten.

Im Zentrum des „heimaten“-Projekts steht die Ausstellung „Forgive us our trespasses – Vergib uns unsere Schuld“, die sich auf mehrere Säle des Hauses verteilt. Der Titel spielt mit den semantischen Verschiebungen des Vaterunsergebets in verschiedenen Sprachen – im Englischen der Übertretung und Grenzverletzung („trespass“), im Deutschen der Schuld und der Schulden (Ökonomie), in anderen Sprachen der Sünde (Moral). Der HKW-Direktor und Chefkurator Bonaventure Soh Bejng Ndikung wovon daraus in seiner Eröffnungsrede eine Reflexion über verschiedene Formen der Ausgrenzung, gegen die man ankämpfen müsse, und als danach der Berliner Grünenabgeordnete Andreas Audretsch von der Bedeutung offener Debattenräume wie des HKW selbst sprach, wurde er von einer wütenden, stimmstarken Zwischenruferin mehrfach daran erinnert, dass die deutsche Politik – also auch er! – zurzeit ganz andere Zeichen sende: Flüchtlinge raus, Grenzen zu. Die kleine Szene zeigte, dass es zwischen

Ein Space für den Struggle

Das Haus der Kulturen der Welt in Berlin eröffnet das Projekt „heimaten“: Kunst, Musik und Theorie beleuchten die Grenzen des Selbst.

dem zähen Ringen um die richtige Ordnungspolitik (die sich viele wünschen) und der Verteidigung humanitärer Werte (die wir ja ebenfalls wollen) eine zu geringe Schnittmenge gibt. Deutschland ist ratlos. Im Herbst 2024 zerfällt das Land in verschiedene Mikroöffentlichkeiten, in denen jeder sein Plätzchen suchen muss.

Es gehört zu den Strategien des HKW, seine Besucher mit neuen Namen, verblüffenden Kunstverfahren und randständigen Theorien zu bewirnen. Auch wenn der Jargon manchmal mit den Texten durchgeht, seinem Namen macht es damit alle Ehre: Haus der Kulturen der Welt. Denn wir sollen ja gerade kennenlernen, wovon wir zuvor nichts wussten, sei es ein Altar von Berlins erster Candomblé-Gemeinde (das spirituelle Erbe der schwarzen Sklaven Brasiliens), eine verstörende Videoinstallation von Theo Eshetu, die das Schlachten des Lammes mit der Schönheit arabischer Ornamentik kreuzt, oder die leuchtende Bilderserie der in Südkorea geborenen, in Berlin lebenden Künstlerin Surya Suran Gied. Die Fallhöhe ist allerdings beträchtlich: hier die beeindruckende Schockwirkung in den tabubrechenden Arbeiten der Indonesierin Murni (1966 bis 2006) oder den kalten Pappreliefs der Amerikanerin Dorothy Iannone (1933 bis 2022), dort naive Feelgood-Aquarelle über Schwimm-

übungen während der Menopause. Manchmal behindert Inklusion die qualitätsorientierte Auswahl: Eat all you can.

Eine wichtige Rolle spielt die Kolonialgeschichte, die in verschiedenen Formen in die Kunstwerke wandert: als Fotografie, Video, abgetragene Wandschicht von Gefängnissen und Sanatorien oder schlicht als symbolisches Objekt. Sim Chi Yin, geboren 1978 in Singapur und jetzt in Berlin, bearbeitet das Thema der britischen Herrschaft in British Malaya durch die Laterna-magica-Verfremdung von alten Fotos der Kolonialzeit, die seinerzeit als Aufklärungsmedium für die Mission des Empire gedacht waren. Die Künstlerin „übertritt“ das koloniale Archiv und verbindet es mit der Geschichte ihres eigenen Großvaters, eine persönliche Zeiterreise mit heilsamem Effekt.

Ein Höhepunkt des Eröffnungswochenendes, das viel Musik, geführte Ausstellungsbesuche und Podiumsdiskussionen bot, war ein Panel über schwarzen Hip-Hop in Deutschland. Der Berichterstatter ging ohne die mindeste Kenntnis hinein und kam belehrt und erfrischt wieder heraus. Warum, wo er doch keine Ahnung hatte? Einmal, weil vor dem zahlreichen Publikum Erfahrungen der schwarzen Musikszene ausgebreitet wurden, die ein Abbild größerer gesellschaftspolitischer Konflikte sind: Un-

sichtbarkeit, Mitsprache, Räume schaffen. Kämpft man für sich oder auch für andere? Wer beeinflusst einen, wer hilft? Und wohin treibt das Ganze, vielleicht sogar: das Land? Dann aber auch, weil die sechs Menschen auf dem Podium einander zuhörten und im gemeinsamen Gespräch etwas zusammentrugen, was jeder allein nicht erreicht hätte.

Der erfahrene deutsche Rapper Afrob erzählte von „Made in Germany“ (2001), seinem zweiten Album, das erstmals das Thema Rassismus in den Mittelpunkt stellte. Er bedauerte, sagte er, dass sein „Pro schwarz“ damals als „Anti weiß“ wahrgenommen worden sei. Außerdem hätten „Leute sich beschwert, dass sie nichts mehr zum Mitsingen hatten“. Doch die Texte des Albums hatten es in sich. „Hier spricht die unterste soziale Schicht / wir schliefen in Baracken als Kanaken ohne Licht...“

2017 war das Jahr des Albums „Ein Platz an der Sonne“ von BSMG, eine Abkürzung für „Brüder schaffen mehr gemeinsam“. Bandmitglied Megaloh erzählte von dem wichtigen Schritt, die eigene Identität, seine kulturellen Wurzeln und den deutschen Alltagsrassismus zu verhandeln. Es sei nicht einfach, sich weder im Herkunftsland der eigenen Familie (Ghana) noch in Deutschland zu Hause zu fühlen. Der Rapper Amewu, der an dem Album „Ein Platz an der Sonne“ mitgearbeitet hat, konnte die Befunde bestätigen. Man müsse sich miteinander „connecten“, sagte er im deutsch-englischen Sprachmix der Szene. Connections finden. Beispiel: „Wenn schwarze Menschen sich auf der Straße zunicke, das ist doch ein Zeichen: Du verstehst mich, ich verstehe dich. Wir kennen eben das Gefühl von Fremdsein hier. Es ist eine Körperschau.“

Und wie sie auf dem Podium davon sprachen, war es einleuchtend und der richtige Appell, darüber nachzudenken. Sie bedankten sich auch noch dafür, im HKW diesen Space zu haben. Für den eigenen Struggle, für Support und alles. Und darin besteht dann wohl, *at the end of the day*, die Aufgabe eines Hauses der Kulturen der Welt. PAUL INGENDAAY

„Forgive Us Our Trespasses / Vergib uns unsere Schuld“. Berlin, Haus der Kulturen der Welt, bis 8. Dezember. Kostenloser Katalog.

Coppola klagt

Regisseur legt „Variety“ Verleumdung zur Last

Der Regisseur Francis Ford Coppola verklagt das US-Branchenblatt „Variety“ wegen Verleumdung auf 15 Millionen Dollar Schadenersatz. „Variety“ hatte Ende Juli mit Angaben von anonymen Zeugen und zwei Videos vom Set über angeblich übergriffiges Verhalten Coppolas bei einer Partyszene seines neuen Films „Megalopolis“ berichtet.

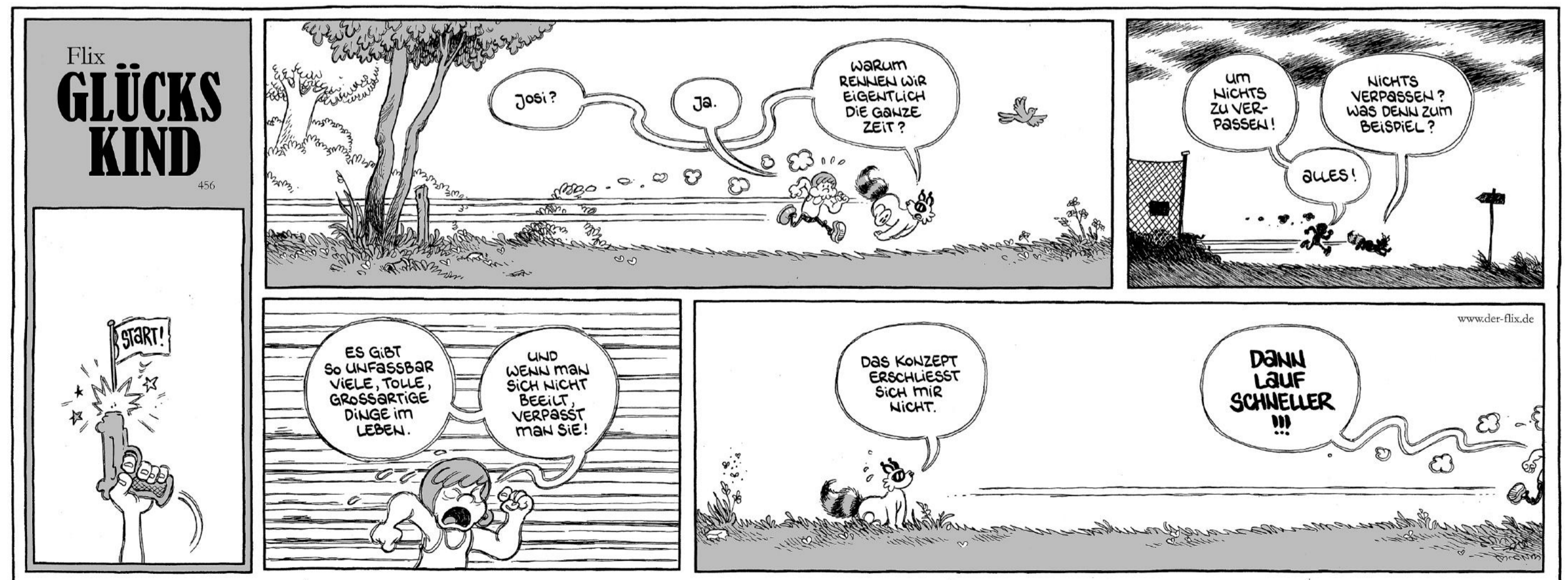
„Variety“ zitierte zunächst anonyme Zeugen mit der Behauptung, Coppola habe sich am Set des Films „ungestraft“ Dinge herausgenommen. Auf einem der Videos ist eine tanzende Menge zu sehen. Man kann erkennen, wie sich eine junge Frau Coppolas Griff entwindet. Auf dem zweiten Video sieht man ihn mehrere junge Frauen umarmen und auf die Wangen küssen. Einige weichen vor seiner Annäherung zurück, eine fährt anscheinend auf seine Berührung hin herum.

Letztere gab sich später gegenüber „Variety“ als Lauren Pagone zu erkennen. In einem Folgeartikel des Blattes Anfang August sagte sie, Coppola habe sie zu sich gezogen, um sie zu umarmen und zu küssen. „Ich war schockiert. Ich war überrumpelt. Und er machte mehrmals die Runde.“ Pagone sah sich offenbar zu ihren Außenungen veranlasst, weil eine weitere Komparsin namens Rayna Menz dem Portal „Deadline“ gesagt hatte, Coppola habe nichts getan, was ihr oder sonst jemandem am Set unangenehm gewesen wäre. „Variety“ berichtete in derselben Geschichte vom 2. August von einer weiteren anonymen Zeugin, die behauptete, Coppola habe beim Dreh einer anderen Szene Statistinnen geküsst. Im Mai hatte der „Guardian“ von angeblich chaotischen Zuständen bei den Dreharbeiten von „Megalopolis“ berichtet. Coppola lege Frauen gegenüber ein „Old-School-Benehmen“ an den Tag. Er habe Frauen auf seinen Schoß gezogen und sei mehrfach übergriffig geworden.

Coppolas Ko-Produzent Darren Demetre sagte, der Regisseur habe „freundliche Umarmungen und Wangenküsse“ verteilt, um „die Clubstimmung anzuregen“. Man habe keinerlei Beschwerden wegen angeblicher Übergriffe oder schlechten Benehmens erhalten.

Lauren Pagone zog in der Sache indes vor Gericht. In Georgia erhob sie Zivilklage gegen Coppola und andere wegen Körperverletzung und wegen des Versäumnisses, sexuelle Belästigung zu unterbinden. Zwei Tage später reichte Coppola in Los Angeles Klage gegen den Konzern Variety Media sowie die „Variety“-Journalisten Brent Lang und Tatiana Siegel wegen Rufschädigung ein. Coppolas Klage nennt weder Pagone noch den „Variety“-Artikel vom 2. August, sondern bezieht sich auf das Stück des Blattes vom 26. Juli.

In der Klage heißt es, „Variety“ verstecke sich hinter „angeblich anonymen Quellen“. Coppola betonte, er habe zwar nicht die Absicht, „dies in den Medien zu verhandeln“, werde seinen Ruf aber „entschieden verteidigen“. „Variety“ betonte, man stehe zu seinen Reportern. „Megalopolis“ mit Adam Driver, Aubrey Plaza und Shia LaBeouf in den Hauptrollen kommt am 26. September in Deutschland ins Kino. nln.



„Die Erfolgsstory des ÖPNV steht auf dem Spiel“

Herr Wortmann, die Städte und Gemeinden schlagen Alarm: Die Lage im öffentlichen Personennahverkehr ist hochdramatisch. Warum ist das so?

Wir haben zum einen sehr starke Kostensteigerungen beim Personal, bei der Energie und beim Material. Das Deutschlandticket ist zwar ein großer Verkaufserfolg, sorgt aber auch weiter für unsichere Einnahmen. Der Ausbau- und Modernisierungspakt der Bundesregierung, der im Koalitionsvertrag verankert ist, ist bisher nicht in Tritt gekommen. Man hat Analysen gemacht, aber keine Konzepte. Keiner weiß, wie es weitergeht. Die Ressourcen, die wir für die Verkehrswende aufgebaut haben, müssen wir zum Teil wieder abbauen. Und wir kämpfen gerade um den Erhalt des Bestandsangebotes aufgrund der Kostensteigerung. Einige Kommunen streichen schon jetzt Busverbindungen oder reduzieren die U-Bahn-Taktung, was zum Ziel des Deutschlandtickets und der Verkehrswende völlig im Gegensatz steht.

Dabei hatte sich die Bundesregierung ganz andere Ziele gesteckt.

Mit dem Ausbau- und Modernisierungspakt aus dem Koalitionsvertrag sollte eine langfristige ÖPNV-Entwicklung gestaltet und finanziert werden. Ziel sollte sein, dass das ein Qualitätsschub für den ÖPNV in den Städten und auf dem Land wird. Das sollte zwischen Bund und Ländern konzipiert werden, und dann wollte man festlegen, wie viel Geld es dazu braucht.

Über welche Dimensionen reden wir? Wie viel Geld kostet ein zukunftsfähiger ÖPNV?

Eine Studie im Auftrag Bundesverkehrsministeriums kommt zum Schluss, dass wir ab 2026 40 Milliarden Euro bis 2031 brauchen, wenn wir eine deutliche Verbesserung des Angebotes wollen. Doch davon kann keine Rede sein. Was wir bekommen für dieses und nächstes Jahr, sind 3 Milliarden Euro jährlich für das Deutschlandticket. Die Angebotssteigerungen sowohl beim SPNV (Schienepersonennahverkehr, die Red.) als auch beim ÖPNV sind nicht finanziert. Also hat der Bund insoweit bislang keine Erkenntnisse aus seiner eigenen Studie gezogen.

Aber der Bund gibt schon 10 Milliarden Euro pro Jahr an die Länder, und es werden jedes Jahr mehr. Woran hakt es?

Es hakt schlichtweg daran, dass wir im Moment keine Idee haben, wie wir die Transformation des Verkehrs vor dem Hintergrund des Klimawandels und der extremen Kostensteigerungen in den letzten Jahren finanzieren sollen. Seit dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse haben wir eine intensive Diskussion. Ich bin persönlich der Auffassung, dass Schuldenbremsen an sich gut sind, um den Haushalt in Ordnung zu halten. Allerdings können wichtige Zukunftsinvestitionen, wie zum Beispiel für die Transformation des Verkehrs, nur über Schulden finanziert werden. Wir brauchen einen überjährigen Fonds, der langfristig Geld für die Investitionen zur Verfügung stellt.

Diesen Investitionsfonds hat Bundesverkehrsminister Wissing vorgeschlagen.

Diesen Vorschlag unterstützt die ganze Branche, weil wir nicht mit dem jährlichen Auf und Ab der Haushalte planen können. Allerdings kennen wir außer der öffentlichen Aussage des Bundesministers bislang keinerlei Details dazu, wie das konkret umgesetzt werden soll. Infrastrukturaufbau hat einen langen Planungsvorlauf. Wir haben Bauzeiträume, und wir müssen, im Gegensatz zur Straße, die Infrastruktur auch selbst betreiben. Dazu müssen wir die Fahrzeuge beschaffen und Fahrpersonal einstellen. Dafür brauchen wir einen langen Atem und auch entsprechend zuverlässig Geld. Und das über Jahre hinweg.

So war das aber schon immer. Warum ist es jetzt besonders brenzlig?

Zum einen verlieren wir durch den sehr niedrigen Preis des Deutschlandtickets erhebliche Einnahmen. Zum anderen erleben wir immense Kostensteigerungen infolge des Ukrainekrieges und der Inflation. Die Verwerfung, die uns Corona gebracht hat, haben wir noch immer nicht wieder ganz aufgeholt. Das führt insgesamt dazu, dass einige Eisenbahnverkehrsunternehmen kurz vor der Insolvenz stehen. Die Zahlen sind teilweise dramatisch. Wenn wir jetzt nicht umsteuern, wird es auf jeden Fall zum Abbau von Angebot kommen. Wir gefährden gerade die jahrzehntelange Erfolgsstory des ÖPNV mit einer – die Pandemiezeit mal ausgenommen – über zwanzig Jahre jährlich steigenden Nachfrage.

Die Finanzierung des ÖPNV ist Ländersache. Warum muss der Bund einen Beitrag leisten?

Der Bund ist völkerrechtlich verbindliche Verträge zum Klimaschutz eingegangen. Das bedeutet auch, dass er einen Beitrag zur Verhinderung des Klimawandels im Verkehr leisten muss. Das muss er mit Bundesmitteln entsprechend kofinanzieren. Aber im Moment stecken wir mitten in einer ganz schwierigen Haushaltsdiskussion. Der Entwurf der Bundesregierung wird heiß diskutiert. Dabei gerät im Moment der ÖPNV unter die Räder.

VDV-Präsident Wortmann über Milliardenlöcher in den Kommunen, unrentable Buslinien und die Rückkehr des Dieselmotors.



„Keine Lippenbekenntnisse“: VDV-Präsident Ingo Wortmann fordert eine klare Linie der Politik bei der Finanzierung des Deutschlandtickets.

Foto Picture Alliance

Weil wir die ganze Zeit über die Finanzierung der Deutschen Bahn reden?

Es ist gut und richtig, dass Geld in die Deutsche Bahn investiert wird. Da gibt es sehr viel Nachholbedarf. Aber so wie es wegen der Schuldenbremse investiert wird, nämlich als Eigenkapitaleinlage, führt das dazu, dass unterm Strich die Trassenpreise steigen. Und das wiederum führt zu Effekten bei den Ländern, die diese Trassenpreise über den Regionalverkehr finanzieren müssen. Das betrifft auch den Güterverkehr und wird dazu führen, dass eher weniger als mehr Güter auf der Schiene transportiert werden.

Welche Lücke reißt das Deutschlandticket in die Bilanzen der Eisenbahnunternehmen?

Bund und Länder haben beschlossen, dass sie jedes Jahr drei Milliarden Euro an Mindereinnahmen ausgleichen. Die entstehen dadurch, dass das Ticket so viel günstiger ist als viele bisherige Abo-Angebote in den Verkehrsverbänden. Dadurch ist weniger Geld im System. Wir rechnen damit, dass die Kosten in diesem Jahr eher bei 4,3 Milliarden Euro liegen. Es fehlen also 1,3 Milliarden Euro. In diesem Jahr wird das ausgeglichen durch das Geld aus 2023, das übrig ist, weil es das Deutschlandticket letztes Jahr erst ab Mai gab. Aber schon im nächsten Jahr ist alles unsicher. Außerdem hält der Bundesfinanzminister einen Betrag in Höhe von 350 Millionen Euro zurück, der erst im Jahr 2026 vom Bund ausgezahlt werden soll. Die Länder müssen das also vorfinanzieren. Auch das gehört dem Diktat der Schuldenbremse, sorgt vor Ort aber für massive finanzielle Probleme.

Ist der Politik das bewusst?

Ich habe den Eindruck, dass es ihr nicht bewusst ist. Das ist erschreckend. Dass Bundesfinanzminister Christian Lindner Geld sparen möchte, ist in seiner Funktion völlig legitim. Aber er muss wissen, was passiert, wenn er an diesen Stellen spart.

Das Deutschlandticket sollte vieles vereinfachen und eine Schneise durch den Tarifdschungel schlagen. Haben Sie denn schon alle Ineffizienzen beseitigt?

Bezogen auf die Tarifvielfalt nicht im nennenswerten Maße. Wir würden gern Ticketangebote, Ladenhüter oder gering genutzte Ticketangebote aus den Schau-

fenstern der Verbände rausnehmen. Aber das können wir erst, wenn sicher ist, dass das Deutschlandticket über 2025 hinaus weiterläuft.

Niemand stellt doch das Deutschlandticket ernsthaft infrage.

Aber wir brauchen eine solide und seriöse Finanzierung und keine Lippenbekenntnisse. Und wir brauchen ansonsten solide und seriöse Rahmenbedingungen. Vor allen Dingen brauchen wir ein Bekenntnis des Bundes und der Länder, dass sie die entsprechenden finanziellen Folgen tragen, denn sie haben dieses Ticket bei uns bestellt.

Klingt so, als fühlten Sie sich der Politik ausgeliefert.

Ich möchte es mal so formulieren: Im Moment ist meine Enttäuschung sehr groß darüber, dass dieses Ticket sehr kurzfristig eingeführt worden ist, aber die Fragen, wie es langfristig ausgestaltet wird, nicht vorbereitet worden sind. Jetzt sollen wir als Branche das regeln. Und zwar vor dem Hintergrund, dass wir keine klare Finanzierungszusage haben.

Aber das ist doch ein Teufelskreis: Sie schaffen die Ineffizienzen nicht ab, weil die Politik nicht mehr Geld zur Verfügung stellt, und die Politik will nicht mehr Geld zahlen, weil noch genügend Ineffizienzen im System sind.

Ja, wir müssen aus diesem Kreislauf raus. Es braucht dieses verbindliche politische Bekenntnis. Dann können wir auch investieren, zum Beispiel in andere Vertriebstechnik. Dann können wir auch andere Angebote, die dann keiner mehr braucht, rausnehmen. Das senkt die Kosten des Vertriebs weiter. Aber solange wir keine belastbare Zusage haben, tun wir uns natürlich schwer, das so umzusetzen, denn im schlimmsten Fall müssten wir nach einer Abschaffung des Deutschlandtickets wieder zurück in die alten Tarife. Wir sind ja alles AG-Vorstände oder GmbH-Geschäftsführer. Wir können nicht einfach auf Gutdünken handeln, das ist gesellschaftsrechtlich nicht möglich.

Das Deutschlandticket hat große Defizite in der Digitalisierung offenbart. Ein Drittel der Unternehmen war nicht in der Lage, das Ticket voll digital anzubieten. Hat sich das geändert?

Wir sind auf einem guten Weg, aber viele stehen noch in der Warteschlange. Das ist gerade unser Problem. Wir müssen Prozesse verändern, Kontrollgeräte einkaufen, Chipkarten bestellen. Die große Nachfrage traf auf einen Markt von überschaubaren Dienstleistern. Das ist ein mühsamer Prozess. Bei den großen Verbänden und Unternehmen funktioniert das. Aber bei vielen kleineren Unternehmen, zum Beispiel Busunternehmen in den Mittelstädten, dauert es noch. Die haben oft keine digitale Lösung wie eine App, weil sie diese bislang nicht gebraucht haben. Wenn ein Großteil des Geschäfts der reine Schülerverkehr ist, dann muss man dafür keine teure digitale Infrastruktur aufbauen. Das hat sich durchs Deutschlandticket geändert. Aber diesen Nachholbedarf holen wir nicht so schnell auf. Und viele Unternehmen haben schlicht nicht die finanziellen Möglichkeiten.

Also um es deutlich zu sagen: In Deutschland kann man den ÖPNV nicht profitabel betreiben?

Als Teil der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger ist es politischer Wille, dass der ÖPNV in Deutschland nicht gewinnorientiert oder kostendeckend arbeitet. Es gibt einige eigenwirtschaftliche Busverkehre, zum Bei-

spiel die, die mit einem sehr stark bedarfsorientierten Fahrplan auf dem Land unterwegs sind. Aber das meiste ist nicht profitabel und wird entweder über kommunale Unternehmen erbracht, die eine Kofinanzierung von den kommunalen

len Energieversorgern bekommen, oder es wird im fest definierten Kostenrahmen ausgeschrieben und bezuschusst. Aber die klassischen Stadtwerke geraten auch finanziell unter Druck, weil die eine Wärmewende zu stemmen haben. Auch die kostet viel Geld.

Wie sieht es denn mit Förderungen aus? Da hilft der Staat ja auch kräftig aus.

Die Förderung für E-Busse ist auch erheblich zurückgegangen. Das führt bei Unternehmen dazu, dass sie jetzt erst einmal wieder Dieselmotoren kaufen. Das ist deswegen besonders tragisch, weil wir eine Vorbereitungszeit brauchen, um E-Busse flächendeckend einzuführen. Wir bauen jetzt seit etwa zehn Jahren die Ladeinfrastrukturen auf, stellen das Personal ein und beschaffen die E-Busse. Aber jetzt bricht die Förderung auf einmal ab. Das ist Gift für die Unternehmen, Hersteller und für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Denn natürlich hat auch die Fahrzeugindustrie erhebliche Aufwendungen und Mühen auf sich genommen, E-Busse in relativ kurzer Zeit so zu entwickeln, dass sie dann auch am Ende wirklich gebrauchsfähig sind. Rund die Hälfte der Unternehmen, die aktuell planen, Busse zu beschaffen sagt: Ohne Förderung gehen wir wieder zurück zum Dieselmotors, denn der kostet nur halb so viel wie ein E-Bus. Mit Blick auf die Klimaschutzziele des Bundes ist das ein Skandal. Deutschland muss sich an europäische Vorgaben halten, man hat diese schließlich so beschlossen. Und jetzt spart man an der Stelle, obwohl man die Branche selbst in diese Transformation gebracht hat. Wir bräuchten eigentlich für die gesamte Transformation ungefähr 4 Milliarden bis 2030. Jetzt haben wir für das nächste Jahr zusätzliche Mittel von 125 Millionen bekommen. Damit droht der E-Bus-Beschaffung ein jähes Ende.

Das Gespräch führte **Corinna Budras**.

VDV-Präsident **Ingo Wortmann** ist Teilnehmer des F.A.Z. Mobilitätsgipfels mit Bundesfinanzminister Christian Lindner am 17.9.2024 in Berlin. Sie können den Livestream zur Veranstaltung auf faz.net verfolgen.

Helaba |

Was uns voranbringt? Nachhaltigkeit.

Jede unserer Entscheidungen hat Auswirkungen, ob schon heute oder erst morgen. Unser Handeln bildet die Grundlage für viele Pläne, Projekte und Unternehmungen. Darum verstehen wir nachhaltiges Handeln als elementaren Bestandteil unserer Unternehmenskultur. Als Landesbank in der Helaba-Gruppe übernehmen wir Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Umwelt. Als starke Partnerin stehen wir unseren Kunden zur Seite und unterstützen sie dabei, die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zu erhalten. Durch unsere Beratung und unsere Finanzierungslösungen helfen wir ihnen, ihr Geschäftsmodell nachhaltig zu transformieren.



Hier finden Sie mehr zu unserem Engagement und unseren Produkten.

Werte, die bewegen.

Zur Person

Ingo Wortmann (54) ist Geschäftsführer der Münchner Verkehrsgesellschaft und seit 2018 Präsident des Verbands der Verkehrsunternehmen (VDV). Den öffentlichen Nahverkehr hat er schon in mehreren Regionen des Landes gestaltet: Der studierte Bautechniker hat seine Karriere in Wuppertal begonnen und ging dann nach Dresden. Später machte er Station in Ulm und Gersthofen, seit 2016 ist er in München.

DAS UNTERNEHMERGESPRÄCH



Der Stammplatz in Rheinberg spiegelt die reiche und bewegte Unternehmenshistorie.



„Unterberg ist kein Partygetränk“

Das Spirituosen-Unternehmen mit der großen Tradition musste sich wandeln, um zu bestehen. Aber es gibt Grenzen.

Von Uwe Marx und Stefan Finger (Fotos), Rheinberg

Nicht viele Unternehmen hierzulande lassen so viel Raum für Geheimnisse und Legenden wie Unterberg...

geht, um in stattliche Kellerräume direkt unter einem malerischen Kräutergarten zu führen.

Historie ist wertvoll, und in Rheinberg ist sie mit Händen zu greifen, aber sie garantiert nicht geschäftlichen Erfolg.

Dafür stimmt, dass nur wenige Menschen – derzeit sollen es fünf sein – das Rezept des Kultgetränks kennen.

Unterberg hatte eine Marketingoffensive nötig, die Söhlke – seit 2020 als Finanzchef im Unternehmen und seit 2023 auch Sprecher des Vorstands – orchestrierte.

Auch die Sache mit der slowenischen Eiche stimmt, weshalb die Vertreterin der fünften Familiengeneration am Stammsitz in Rheinberg – einem herrschaftlichen Palais mitten im Ortskern – stramm voran-

zent Markenbekanntheit in Deutschland. Unterberg wagte sich für die Transformation auf Terrain, dem dieses konservative Haus lange ferngeblieben war.

Das Unternehmen sei in Deutschland im Vergleich zum Jahr 2014 zwar kleiner geworden, sagt Hubertine Unterberg-Ruder.

Das Unternehmen Die Unternehmerin

Die Semper idem Unterberg AG aus Rheinberg geht aus einer Gründung von Hubert Unterberg im Jahr 1846 hervor.

dem Jahr des Neustarts, sei die Entwicklung hierzulande sehr positiv. Im Ausland ist das schon länger der Fall.

Die Aufsichtsrätin wacht über ein Unternehmen, dessen Zahlen durch Zu- und Verkäufe oder durch Börsengänge ausländischer Tochtergesellschaften schwanken.

Hubertine Unterberg-Ruder, Jahrgang 1962, ist Vertreterin der 5. Generation und mit ihrem Vater Emil Unterberg Gesellschafterin.

ken gehören. Hier kommt Unterberg die jahrzehntelange Erfahrung mit Einzelhandel und Gastronomie zugute – und es fungiert als Dienstleister.

Zu ihr gehört auch der Abbau der zwischenzeitlich deutlich höheren Verschuldung. Gerade erst hat das Unternehmen eine neue Anleihe mit einem Volumen von bis zu 35 Millionen Euro aufgelegt.

Unterberg-Ruder und Söhlke berichten im historischen Ambiente des Stammsitzes – viele Urahren in Öl an den Wänden, schwere Sessel und Teppiche, lange Gänge, der Hauch eines Museums – über einige Facetten der Transformation.

Doppelspitze: Gesellschafterin Hubertine Unterberg-Ruder und Geschäftsführer Michael Söhlke müssen dafür sorgen, dass sich Unterberg gleichzeitig neu erfindet und treu bleibt.

Firmenindex table with columns for company name and page number. Includes Capgemini Invent, Capital, Clever Fit, CVC, Fit X, MAN Trucks and Buses, Macfarlanes, McFit, Rheinernergie, Siemens, Trayer, Trump Media & Technology, Unterberg, Wedlake Bell, X.

Die F.A.Z. - Wetterinformationen im Internet: www.faz.net/wetter

Advertisement for 'Die 100 Größten Business Edition 2024' with a large 'F.A.Z.' logo and text describing the ranking data.

Städterwetter Deutschland

Table of weather forecasts for various German cities including Aachen, Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt, München, etc.

Weather forecast for Europe with a map showing temperature variations and text detailing the weather situation and biowetter advice.

Global weather summary including sections for 'Städterwetter Afrika', 'Städterwetter Lateinamerika', 'Städterwetter Naher Osten', 'Städterwetter Asien', 'Städterwetter Australien und Neuseeland' and 'Das besondere Wetterereignis'.



Mit offenem Büro: Zweimal in der Woche sucht Museumsleiter Malte Guttek die Diskussion mit Besuchern – und vielleicht auch das Gespräch über kleine goldene Kunstwerke wie auf dem oberen Foto.



Geschichten erzählen, weniger Ausstellungen länger zeigen

HANAU Wie Malte Guttek als neuer Leiter das internationale Renommee des Deutschen Goldschmiedehauses stärken und es zu einem Identifikationsobjekt für die Bürger formen will.

Von Luise Glaser-Lotz und Ben Kilb (Fotos)

Wer unvorbereitet die aktuelle Ausstellung „Aus dem Büro“ im Goldsaal des Deutschen Goldschmiedehauses betritt, könnte stutzen und sich fragen, ob er hier überhaupt richtig ist. Denn nur wenige Exponate liegen in den Vitrinen, die bestückt sind mit vielen handbeschriebenen farbigen Klebezetteln. Die ausgestellten Objekte scheinen zudem nicht zueinanderzupassen.

Gezeigt werden klassische Exponate aus der Sammlung des Schmuckmuseums ebenso wie ein prunkvoller, den Krieg verherrlichender Nautiluspokal oder ein silberner Zuckerlöffel mit der bekannten Hanauer Rose. Eine Vitrine ist einem kleinen Objekt mit politischer Brisanz gewidmet: Die aus winzigen Perlen gefertigte Arbeit einer jungen iranischen Künstlerin setzt sich mit Augenverletzungen auseinander, die Demonstrantinnen in ihrem Heimatland geizelt mit Gummigeschossen zugefügt werden.

Sinn und Zweck der Ausstellung erschließt sich dem Betrachter durch den Untertitel. Dieser lautet „Eine Befragung der Sammlung“. Das trifft es allerdings nicht ganz, denn genau genommen werden die Besucher befragt. Sie sollen dazu angeregt werden, sich mit einzelnen Exponaten auseinanderzusetzen, Fragen zu stellen und Kommentare auf den Klebezetteln zu hinterlassen.

Jeden Dienstag und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr ist bis Ende Oktober der große Tisch im Saal mit den beiden Kuratoren besetzt, der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Ruth Schneider und Museumsleiter Malte Guttek. In diesem „offenen Büro“ soll diskutiert werden und sollen die Grundlagen geschaffen werden für die Konzeption der künftigen Dauerausstellung im Goldsaal des international bedeutenden Ausstellungshauses der Gold- und Silberschmiedekunst in Hanau.

Als der Kunsthistoriker Guttek im vergangenen Jahr zum Geschäftsführer sowohl des Goldschmiedehauses als auch der Gesellschaft für Goldschmiedekunst bestimmt wurde, zählte der Aufbau einer Dauerausstellung zu den Aufgaben, die ihm übertragen wurden. Der Weg, den er dafür eingeschlagen hat, steht auch für den Stil, in dem er das Goldschmiedehaus künftig führen möchte. Dabei ist ihm vor allem der Kontakt zu den Menschen in der Stadt wichtig. Ihnen soll künftig Gelegenheit zum Mitgestalten gegeben werden.

Guttek möchte das Goldschmiedehaus, das in guten Vor-Corona-Zeiten bis zu knapp 10.000 Besucher zählte, stärker im Bewusstsein der Bürger verankern und gleichzeitig das internationale Renommee des Hauses in der Schmuckszene stärken. Ein Magnet soll die künftige Dauerausstellung werden.

Die Sammlung beginnt zeitlich mit der Schmuckkunst der Nachkriegszeit, wobei die Schmuckschenkungen der Künstlerin Ebbe Weiss-Weingart einen Schwerpunkt bilden, der sich in der Dauerausstellung niederschlagen wird. Doch Guttek will auch die Historie der Schmuckherstellung in Hanau im Blick behalten. „Ich möchte über die eigenen Exponate des Hauses hinaus auch dokumentieren, was sich in den vergangenen Jahrzehnten im Goldschmiedehaus entwickelt hat“, kündigt er an.

Die Geschichte beginnt mit den niederländischen Glaubensflüchtlingen, setzt sich mit der bedeutenden Schmuckindustrie des 18. und 19. Jahrhunderts fort und reicht in die Moderne. Wie das Konzept aussehen wird, hängt unter anderem von den Ergebnissen der Ausstellung „Aus dem Büro“ ab, aber auch von den Finanzen. Geführt wird

das Haus von der Gesellschaft für Goldschmiedekunst, Betreiberin des Museums ist die Stadt Hanau.

Für ein neues Vitrinensystem, das die Ausstellungs Kästen aus den Achtzigerjahren ersetzen und mehr Flexibilität ermöglichen würde, reichen deren finanzielle Unterstützung und die Eintrittsgelder nicht aus. Denn zuerst muss der

Betrieb des Museums gesichert sein. Doch noch in diesem Monat wird der Bund über die aktuelle kulturelle Projektförderung entscheiden, Guttek hofft, dass das Goldschmiedehaus berücksichtigt wird. Dann wäre man ein gutes Stück weiter.

Mit seinen 35 Jahren sprüht der neue Leiter des Goldschmiedehauses gerade-

zu vor Ideen. Nicht alle wird er verwirklichen können, aber der Anfang ist gemacht. Seine Ziele sind hochgesteckt: Er hat sich vorgenommen, neue Besucherschichten für das Museum, gerade auch Menschen mit Migrationshintergrund, zu begeistern, er will es mit seinem thematischen Ansatz auch zu einem deutschen Schmuckzentrum im Dreiklang

mit München oder Pforzheim entwickeln. Dabei schätzt Guttek ausdrücklich die Aufbauarbeit, die seine Vorgängerin Christianne Weber-Stöber in vielen Jahren bis zu ihrem Ruhestand geleistet hat. So wird er an Bewährtem festhalten.

Alle zwei Jahre ernannt die Stadt seit 2004 unter der Federführung der Gesellschaft für Goldschmiedekunst einen Stadtgoldschmied oder eine Stadtgoldschmiedin. Die von einer Jury ausgewählten Kandidaten arbeiten mehrere Wochen lang in Hanau an der Staatlichen Zeichenakademie mit den Studenten. Damit verbunden ist stets eine Ausstellung im Goldschmiedehaus. Das wird auch so bleiben. Gerade wurde die Schau für den zehnten Stadtgoldschmied Alexander Blank aus München im Goldsaal aufgebaut. Die Ausstellung mit dem Titel „Kumpane“ ist am Sonntag eröffnet worden.

Auch die Silbertriennale, seit 1965 eine angesehene internationale Plattform für Silberobjekte und Besteck, wird die Gesellschaft unter Guttekts Leitung weiterhin ausrichten. Festhalten will der neue Leiter zudem an den beliebten Workshops für Kinder in der Schmuckwerkstatt im ausgebauten Souterrain. Erfahrene Goldschmiedinnen bringen dem Nachwuchs dabei die Schmuckkunst durch Selbermachen nahe.

Die künftigen Ausstellungen will Guttek anders konzipieren. Sie sollen sich weniger an in der Szene bekannten Künstlern ausrichten. Diese werden zwar weiterhin eine Rolle spielen, der Schwerpunkt soll aber bei Ausstellungen liegen, die Themen aufgreifen. „Es sollen Geschichten erzählt werden, die die Menschen ansprechen und ihnen Lust auf einen Museumsbesuch machen“, sagt Guttek.

Während im obersten Ausstellungssaal, dem Silbersaal, die Dauerausstellung lockt, sieht der Kunsthistoriker das Souterrain als einen Raum für eine wechselnde „Auseinandersetzung mit dem Schmuck als soziokulturellem Phänomen“. Auf die Ausgestaltung darf man neugierig sein, Details will Guttek noch nicht nennen. Der Silbersaal im mittleren Stockwerk wird weiterhin den Sonderausstellungen gewidmet sein. Guttek kann sich vorstellen, ihn gelegentlich für zwei Ausstellungen mit inhaltlichen Bezügen zu teilen. Insgesamt aber soll es weniger Sonderausstellungen geben, dafür soll sich deren Dauer verlängern.

Das nötige Rüstzeug für seine Vorhaben erwarb sich Guttek im Studium der Kunstgeschichte und der Christlichen Archäologie in Bonn und Rom. Er arbeitet an seiner Promotion über Heinz Breloh. Nach einem wissenschaftlichen Volontariat am Kolumba-Kunstmuseum des Erzbistums Köln arbeitete Guttek zudem als freier Kurator für mehrere Ausstellungsprojekte. Unter anderem gestaltete er im vergangenen Jahr eine Ausstellung der Keramikerin Young-Jae Lee in Köln. Für seine Tätigkeit in Hanau verließ Guttek Köln.

Jetzt wohnt er in der Hanauer Innenstadt. Von dort aus sind es wenige Gehminuten zum Wochenmarkt, den Guttek besonders mag. Die Brüder-Grimm-Festspiele findet er gut, bedauert aber, dass die Wahrnehmung der Tradition der Schmuckfertigung in Hanau durch die Fixierung auf die beiden berühmten Söhne in den Hintergrund geraten sei. Die aktuelle Neugestaltung der Homepage des Goldschmiedehauses könnte ein erster Schritt sein, Hanau als Stadt des edlen Schmuckes wieder mehr in den Fokus zu rücken.



Keine Alltagskunst: Die Besucher sollen zur Auseinandersetzung mit den Exponaten angeregt werden.

ANDERE STÄDTE – GLEICHE NÖTE

MÜNCHEN Nach dem Anschlag von Solingen wird die Sicherheit rund um das Oktoberfest weiter verstärkt. Dabei werden nach Angaben von Stadt und „Süddeutscher Zeitung“ die Millionen Besucher schon seit Jahren immer strenger Kontrollen unterzogen. Seit nunmehr acht Jahren ist das Fest eingezäunt, mit 50 Kameras wird das Gelände überwacht. Poller sollen einen Anschlag mit Lastwagen verhindern. Taschen werden durchsucht – Sprühdosen, Glasflaschen und Rucksäcke sind tabu. Neuerdings sind auch Trachtenmesser verboten, die bisher als folkloristisches Mitbringsel erlaubt waren. 600 Polizisten sollen in diesem Jahr für Sicherheit sorgen, dazu kommen 600 Ordner im Dienst der Stadt sowie 1400 Ordner in den Zelten. Obendrein werden Stichprobenartig und verdachtsabhängig Hand-Metalldetektoren eingesetzt. Die wesentlich kleinere Frankfurter Dippemess lässt sich damit nicht vergleichen: Immerhin aber laufen mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten dort über das Festgelände.

...

HAMBURG Die Hansestadt, Dresden und Wiesbaden haben eines gemein: In allen drei Städten haben Brückenschäden zu Schlagzeilen geführt. Was in der hessischen Hauptstadt die Salzachtalbrücke und in Dresden die vor wenigen Tagen zusammengebrochene Carolabrücke ist, ist die Norderelbbrücke in Hamburg. Die 1963 in der Hansestadt errichtete Brücke ist Teil der A 1 und bringt täglich 136.000 Fahrzeuge von der einen Seite der Norderelbe auf die andere. Doch jetzt werden es täglich bis zu 20 Fahrzeuge weniger sein: Denn extrem schwere Lastwagen mit 40 oder mehr Tonnen Gesamtgewicht dürfen nicht mehr über die Brücke rollen. Bei der Hauptprüfung im Juli wurde ein Schaden am Tragwerk festgestellt, der laut „Focus“ gründlich untersucht werden muss. Dafür werden immer wieder Fahrbahnen gesperrt. Dem Verkehr in Richtung Norden stehen dennoch zwei der drei Fahrstreifen zur Verfügung – immerhin: Die Salzachtalbrücke war vorübergehend ganz gesperrt, und die Umleitungen führten zu katastrophalen Verkehrsverhältnissen. Und auch in Dresden wird so schnell keiner mehr über die Carolabrücke fahren. wöb.

Mehr Autos gestohlen

Zwei Fahrzeuge täglich in Hessen entwendet

FRANKFURT Fast zweimal an jedem Tag haben Autodiebe rein rechnerisch im Jahr 2023 in Hessen zuge schlagen. 707 kaskoversicherte Autos wurden gestohlen, wie aus Zahlen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft hervorgeht. Das ist ein Anstieg von acht Prozent im Vergleich zum Jahr 2022. Der dadurch entstandene Schaden lag im vergangenen Jahr bei 17,3 Millionen Euro.

„Trotz des Anstiegs gehört Hessen im bundesweiten Vergleich zu den eher sicheren Bundesländern für Autobesitzer“, sagte Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft. Im Schnitt zahlten die Versicherer pro gestohlenes Auto 24.400 Euro, ein Anstieg von rund 15 Prozent im Vorjahresvergleich.

Ein erhöhtes Risiko haben Autobesitzer in Hessens größter Stadt Frankfurt. Dort werden statistisch im Schnitt fünf Kraftfahrzeugdiebstähle pro 10.000 kaskoversicherte Autos registriert. In ganz Hessen liegt die Quote ansonsten bei vier.

In ganz Deutschland wurden 2023 den Daten zufolge 14.585 kaskoversicherte Autos gestohlen, das waren fast 20 Prozent mehr als 2022. Der wirtschaftliche Schaden lag bei mehr als 310 Millionen Euro. Die Kriminellen haben es laut Versicherungswirtschaft vor allem auf SUVs der Oberklasse und oberen Mittelklasse abgesehen. lhe.

Fußgänger tödlich verletzt

LANGENSELBOLD Ein Fußgänger ist in der Nacht auf Sonntag von einem Auto tödlich verletzt worden. Der Mann wurde gegen 0,55 Uhr auf einer Landstraße bei Langenselbold im Main-Kinzig-Kreis angefahren und in eine Wiese geschleudert, wie die Polizei mitteilte. Die Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Zur Rekonstruktion des Geschehens wurde ein Gutachter hinzugezogen. Die Unfallursache war unklar. lhe.



Repräsentativ:
Im Schloss Biebrich (links) sitzt das Landesamt für Denkmalpflege mit seinem Präsidenten Markus Harzenetter (unten).

Fotos Marcus Kaufhold



Berühmtester Fund:
die Skulptur des Keltenfürsten vom Glauberg, die im 2011 eröffneten Museum Keltenwelt ausgestellt ist
Foto Sandra Schildwächter

Denkmalschutz gerät zunehmend unter Druck

Der Sitz ist durchaus angemessen: Das Landesamt für Denkmalpflege ist in einem Baudenkmal aus dem 18. Jahrhundert untergebracht, dem Schloss Biebrich in Wiesbaden. Um die Ursprünge der 1974 gegründeten Behörde zu erkunden, muss man jedoch nach Frankfurt blicken. Dort bildete sich Ende der Sechzigerjahre die „Aktionsgemeinschaft Westend“, um zu verhindern, dass historische Bauten der Immobilienspekulation geopfert wurden. Der Häuserkampf gilt heute als eines der Motive, die Denkmalpflege mit einer zentralen Landesbehörde zu stärken. Die rücksichtslose Kahlschlagpolitik der Nachkriegszeit, die der frühere Frankfurter Stadtbaurat Ernst May auch in Wiesbaden plante, war nicht mehr erwünscht. Hessen war nach Bayern und Baden-Württemberg 1974 das dritte Bundesland, das sich ein Denkmalschutzgesetz gab. Es war die Zeit der wachsenden Wertschätzung für die Zeugnisse der Vergangenheit, und zwar nicht nur für die großen Kirchen und Schlösser, sondern auch für alltägliche Architektur wie Wohnhäuser, Fabriken und Gärten. Das Europäische Denkmalschutzjahr 1975, das sich auch dem archäologischen Erbe widmete, gilt heute als Beginn der modernen Denkmalpflege.

„Es kam zu einem Umdenken“, sagte Christoph Degen (SPD), Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kunst, bei der Feier zum fünfzigjährigen Bestehen des Landesamts für Denkmalpflege. Heute seien Baudenkmal „kulturelle Ankerpunkte“, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. In Hessen war Ulrich Krüger, Architekt aus Bad Homburg und in den Siebzigerjahren Landtagsabgeordneter der FDP, einer der Väter des Denkmalschutzgesetzes. Ein Gebäude in seiner Heimatstadt, für das er sich einsetzte, steht für den Wandel, der durch die Stärkung der Denkmalpflege einsetzte. In den Siebzigerjahren war das Gotische Haus im Bad Homburger Stadtteil Dornholzhausen dem Verfall preisgegeben, dem ehemaligen Jagdschloss drohte der Abriss. 1977 wurde es in die Denkmalliste aufgenommen. Heute beherbergt das im neogotischen Stil errichtete Gebäude das kulturhistorische Museum der Stadt Bad Homburg. Derzeit wird es saniert.

Das Gotische Haus ist eines von rund 70.000 Einzeldenkmälern in Hessen. Außerdem gibt es rund 3000 geschützte Gesamtanlagen. Archäologen haben in den vergangenen 50 Jahren 47.000 Kisten Material aus 50.000 Fundstellen geborgen – am berühmtesten ist die 1996 ausgegrabene Figur des Keltenfürsten vom Glauberg. Das keltische Siedlungsgebiet in der Wetterau könnte die achte UNESCO-Welterbestätte in Hessen werden und

WIESBADEN Vor 50 Jahren ist das hessische Landesamt für Denkmalpflege gegründet worden. Die Bilanz ist positiv, doch stellen Klimawandel, Energiewende und politische Reformen die Denkmalschützer vor große Herausforderungen.

Von Günter Murr

dann in einer Reihe stehen mit der Grube Messel, dem Limes oder der Mathildenhöhe in Darmstadt – Orten, auf die Landesregierung besonders stolz ist.

Unabhängig davon wächst das Verzeichnis der Kulturdenkmäler laufend. Die systematische Erfassung des Bestands ist eine der wichtigsten Aufgaben des Landesamts. Die Denkmalpfleger schauen sich zunehmend auch Zeugnisse jüngerer Epochen an. „Manches Gebäude, das zur Zeit der Gründung des Landesamtes gebaut wurde, steht heute unter Schutz“, sagte Degen. Das gilt zum Beispiel für den Silberturm im Bahnhofsviertel, der von 1973 an für die Dresdner Bank gebaut wurde und der heute von der Deutschen Bahn genutzt wird. Seit dem vergangenen Jahr steht er unter Schutz.

Es gab allerdings auch Verluste, gerade in Frankfurt. Das Zürich-Hochhaus am Opernplatz war ebenso wenig zu retten wie die ehemalige Hochtief-Zentrale an der Bockenheimer Landstraße oder die frühere Oberfinanzdirektion an der Adickesallee. Eine Rolle spielten dabei vor allem der schlechte Zustand oder die Schadstoffbelastung der in den Fünfzigerjahren errichteten Gebäude. Aber die Architektur dieser Epoche erfährt auch nicht die öffentliche Wertschätzung wie mittelalterliche Fachwerkhäuser oder repräsentative Bauten der Gründerzeit.

„Es dauert immer eine Generation, bis der Denkmalwert eines Gebäudes erkannt wird“, sagt Markus Harzenetter, der seit 2015 als Präsident an der Spitze des Landesamtes steht. 25 bis 30 Jahre Abstand zur Bauzeit setzt er für eine Beurteilung an. Das bedeutet, dass sich die Denkmalpfleger mittlerweile auch in den Neunzigerjahren entstandene Architektur anschauen. Das von Hans Hollein entworfene Museum für Moderne Kunst in der Frankfurter Innenstadt wurde erst kürzlich in die Denkmalliste aufgenommen, die Häuser an der Saalgasse genießen zusammen mit der Kunsthalle Schirn und der rekonstruierten Fachwerkzeile am Römerberg Ensembleschutz. „Städte wie Frankfurt, die eine starke Zerstörung erfahren haben, wissen heute sehr gut, was sie an ihrem historischen Baubestand haben“, meint Harzenetter.

Zudem gibt es in Frankfurt aber die Sehnsucht, Vergangenes wiederaufste-

hen zu lassen, wie die neue Altstadt zwischen Dom und Römerberg zeigt. Um Denkmalschutz ging es dabei nicht. Landeskonservatorin Verena Jakobi spricht deshalb von der „Heilung einer städtebaulichen Situation“, erwähnt jedoch, dass die Denkmalpflege den ungeliebten Vorgängerbau in Augenschein genommen habe: „Das Technische Rathaus hatte durchaus Qualitäten.“ Unter Schutz gestellt wurde es aber nicht.

Harzenetter setzt sich unabhängig davon für den Erhalt alter Bausubstanz ein. „Das muss nicht teurer sein als Abriss und Neubau.“ Unterstützung findet er im aktuellen Trend, aus ökologischen Gründen Gebäude nicht abzureißen, sondern umzunutzen. Auf der anderen Seite stellt die Energiewende den Denkmalschutz vor neue Herausforderungen. Dabei geht es weniger um den Fall, dass ein Baudenkmal energetisch saniert oder mit einer Solaranlage ausgestattet werden soll. Dafür gebe es mittlerweile gute Lösungen, so Harzenetter. Die meisten Anträge würden genehmigt.

Schwieriger sei der Bau von Windkraftanlagen oder Stromtrassen in Wäldern, in denen sich möglicherweise noch bisher unberührter archäologischer Bestand befindet. Auch könne der zunehmende Starkregen infolge des Klimawandels Bau- und Bodendenkmäler bedrohen. Ohnehin gehe die Zeit zu Ende, in der Zeugnisse der Vor- und Frühgeschichte gut geschützt in der Erde die Jahrhunderte überstünden, hebt Landesarchäologe Udo Recker hervor. Je mehr gebaut werde, desto mehr komme ans Licht.

Sorgen bereiten Harzenetter die aktuellen Bestrebungen, Bürokratie abzubauen, um das Bauen zu beschleunigen. „Hier besteht die Gefahr, dass das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird“, sagt er. Dadurch könnten die Einflussmöglichkeiten der Denkmalpflege beschränkt werden. CDU und SPD haben auf Landesebene in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, das Denkmalschutzgesetz, das sie als „nicht mehr zeitgemäß“ bezeichnen, zu überarbeiten und vor allem die unteren Denkmalbehörden bei den Kreisen und kreisfreien Städten zu stärken. Bisher muss sich die kommunale Ebene für denkmalrechtliche Genehmigungen,

etwa zum Umbau oder Abriss eines geschützten Gebäudes, mit dem Landesamt abstimmen. Diese Regelung wollen CDU und SPD auf Denkmäler mit „herausgehobener Bedeutung“ beschränken, um die Verfahren zu straffen.

Harzenetter warnt davor, Denkmäler erster und zweiter Klasse zu schaffen. „Das wäre fachlich schwer zu begründen.“ Die Abstimmung der Behörden nach dem „Vier-Augen-Prinzip“ habe sich bewährt und sollte beibehalten werden. Das nutze dem Denkmalschutz, denn das Landesamt unterstütze die kommunalen Behörden in fachlichen Fragen. Wenn es um den Erhalt eines Denkmals gehe, brauche eine weisungsgebundene Kommunalverwaltung manchmal den Rückhalt des Landesamts.

Für die Aufnahme in die Denkmalliste ist das Landesamt allein zuständig. Nicht nur jüngere Gebäude werden ergänzt. Immer wieder finden die Mitarbeiter auch ältere Bauten und Ensembles, die sie als schützenswert einstufen. Zuletzt betraf das zum Beispiel die Ende der Fünfzigerjahre errichtete und nach Ansicht der Denkmalpflege „bemerkenswert authentisch überlieferte“ Odenwaldhalle in Michelstadt.

Auch die Villenkolonie „Gartenstadt Frankfurt“ im Stadtteil Dornbusch wurde als Ensemble unter Schutz gestellt. Zwischen 1910 und 1914 wurden nördlich der Hühelstraße rund 50 Ein- und Zweifamilienhäuser im Villentypus gebaut. Sie haben den Zweiten Weltkrieg, aber auch die Abrisswellen der Nachkriegszeit ohne große Zerstörung überstanden. Eine Bürgerinitiative hatte sich dafür eingesetzt, die unter dem Einfluss der englischen Gartenstadtbewegung entstandene Siedlung unter Schutz zu stellen.

Damit zeigt sich, dass bürgerschaftliches Engagement nicht nur zur Gründung einer Behörde vor 50 Jahren führte, sondern auch heute noch Wirkung hat. Kritische Bürger, sagte Staatssekretär Degen, hätten immer wieder dazu beigetragen, dass denkmalpflegerisches Handeln hinterfragt und überprüft werde. „Denkmalpflege ist ein Auftrag aus der Gesellschaft“, sagt Harzenetter. Für die Zukunft wünscht sich Landesarchäologe Recker, „dass wir in einer Gesellschaft leben, in der ein Denkmal nicht infrage gestellt wird“. Landeskonservatorin Jakobi hebt hervor: „Eine Welt ohne Denkmäler wäre eine geschichtslose Welt.“



So fing es an:
Mit Demonstrationen und Hausbesetzungen kämpfte die „Aktionsgemeinschaft Westend“ in den Siebzigerjahren gegen den Abriss von alten Häusern in Frankfurt.
Foto Wolfgang Haut



Jüngstes Frankfurter Baudenkmal:
Das von Hans Hollein entworfene Museum für Moderne Kunst an der Braubachstraße wurde 1991 eröffnet und kam erst kürzlich auf die Denkmalliste.
Foto Maximilian von Lachner

Klein, aber fein:
Dieses vorbildlich sanierte Haus in Niederursel wurde in diesem Jahr mit dem hessischen Denkmalschutzpreis ausgezeichnet.
Foto Christine Krienke/LfDH



Warum der deutsche Sonderweg?

Diese Leserin kritisiert einen Kommentar in der Rhein-Main-Zeitung, in dem ein Bachelorabschluss für Jura abgelehnt wurde (zu: „Ein Bachelor, den keiner braucht“, F.A.Z. vom 12. September).

Es ist interessant, wie sicher Sie sich sind, dass der integrierte Bachelor im Jurastudium nichts wert sei. Auf wessen Wissen und (Er-)Kenntnis beruht das? Auf dem der italienischen Professorin, die nie auf Staatsexamen in Deutschland studieren musste? Was ist mit den anderen Professoren, die viele hervorragende Argumente für den integrierten Bachelor angebracht haben? Sämtliche Leistungen inklusive des teils zwei bis drei Semester Studienzeit verlängernden universitären Schwerpunkts, die man bis zur Zulassung zum ersten Staatsexamen erbringt, entsprechen mit Sicherheit den Leistungen, die man in einem reinen Jura-Bachelorstudiengang erbringen muss. Die EBS in Wiesbaden bietet das schon seit Jahren so an, die Bucerius Law School in Hamburg auch. Warum also keine entsprechende Anerkennung dafür in offizieller Form, wenn man an einer öffentlichen Universität studiert? Und wie Sie auch ausführen: In allen anderen Ländern studiert man Jura anders. Warum also der Sonderweg in Deutschland – weil die Studienordnungen aus dem 18. und 19. Jahrhundert so attraktiv sind? Wie anachronistisch und unattraktiv soll das Jurastudium an öffentlichen Unis bleiben? Die KI wird den bevorstehenden Juristmangel nicht ausgleichen (und die hat nicht mal einen Bachelor).

Darüber hinaus nehmen keine unbegabteren Studenten begabteren Studenten irgendwelche Studienplätze weg – es wollen nämlich deutlich weniger Studenten Jura studieren, als das früher noch der Fall war. Wo gibt es denn überhaupt noch einen Numerus clausus bei Jura (außer vielleicht in Heidelberg und eben an den privaten Unis, bei denen man ja aber auch ein entsprechendes Einkommen braucht)? Haben Sie sich mal die Abbrecherquoten angeschaut? Es reicht nicht aus, sich nur die Zahlen der endgültig durchgefallenen Kandidaten anzuschauen, die anderen hören schon vorher auf. Oder sie versuchen es gar kein zweites Mal. Und sehr wohl kann man Bachelor-Juristen in Unternehmen gut gebrauchen: Contract Management, Human Resources, Compliance, Audit, Risk, Quality, um nur einige Bereiche in Großkonzernen zu nennen; in der öffentlichen Verwaltung, im Auswärtigen Amt und weiteren Behörden, sogar als Journalisten kann man sie sich sehr gut vorstellen.

■ **Johanna Von Kopp-Colomb, Frankfurt**



Hürde: Das erste juristische Staatsexamen Foto dpa

Die Redaktion antwortet:

Sehr geehrte Frau von Kopp-Colomb, zunächst vielen Dank für Ihre Zuschrift. Bei dem Thema, das Sie ansprechen, kann man anderer Meinung sein als mein Kollege, auf dessen Kommentar Sie sich beziehen, natürlich, mit guten Gründen. Tatsächlich glaube ich, dass Diskussionen um eine Reform der Juristenausbildung geführt werden müssen und Anstöße dazu auch zukünftig formuliert werden, die Diskussionen werden wir weiterhin abbilden.

Mit freundlichen Grüßen

■ **Jacqueline Vogt**

Keine reine Chefsache

Der Leser zweifelt an den Plänen für ein Haus der Demokratie in Frankfurt (zu: „Ein hochpolitischer Baum“, F.A.Z. vom 17. August).

Die Walter-Kolb-Eiche auf der Westseite der Paulskirche ist mit Sicherheit ein hochpolitischer Baum, der zu Ehren des unvergessenen Oberbürgermeisters Kolb gepflanzt wurde. Und schon wieder kommt das Konfliktthema „Haus der Demokratie“ hoch. Daher ist dem städtischen Grünamt zu danken, das durch eine intensive Gestaltung die kleine Grünanlage aufgewertet hat. Das ist über die Bande gespielt, dass diese Grünfläche für ein geplantes Haus der Demokratie nicht geopfert werden soll.

Es ist nämlich gefährlich, wenn der Oberbürgermeister Mike Josef (SPD) die Aktion „Haus der Demokratie“ zur Chefsache erklärt. Im allgemeinen Sprachgebrauch würde das bedeuten: Ende der Diskussion. Aber als Frankfurter sehe ich einen sehr großen Diskussionsbedarf.

Die Paulskirche ist das Symbol unserer deutschen Demokratie und sollte deswegen zu dieser originären Bedeutung aufgewertet werden. Die Paulskirche muss zu einem würdigen und gleißenden Symbol der deutschen Demokratie entwickelt werden. Aber das Haus der Demokratie soll wofür stehen? Diskussionen, Workshops, Fortbildung bei einem Flächenbedarf von 4000 Quadratmetern? Millionenaufwand für eine vage unreife Idee? Die Mehrheit der Frankfurter Bürgerschaft erwartet, dass dieses Geld in Verbesserungen unserer Schulen investiert wird. Das ist der beste Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie.

■ **Götz Diehl, Königstein**

Kein Geld für alte Technik

Die Zukunft der Bahn führt in eine Welt ohne Oberleitung, glaubt dieser Leser (zu: „Gute Nachrichten zur Taunusbahn“, F.A.Z. vom 30. August).

Für die veraltete Oberleitungstechnik, den größten Störversacher, sollen Investitionen erfolgen, um mit konventionellen S-Bahn-Zügen die S5 bis Usingen fahren zu lassen. Richtig und zukunftsweisend wäre die Weiterentwicklung der schon auf der Strecke eingesetzten Wasserstoffzüge.

Die Kosten für Planung und Investitionen sollten in die Weiterentwicklung oberleitungsfreier Elektrozüge (Wasserstoff und Akkuspeicher) eingesetzt und nicht für veraltete Technik verschwendet werden. Die Zukunft der Bahn ist ohne Oberleitungstechnik. Ein langfristiges Projekt, das in die Köpfe reinmuss.

■ **Dietrich W. Peuckert, Oberursel**

Mit Vorsicht zu genießen

Um Infrastrukturprojekte zügiger realisieren zu können, sollen in Hessen Bürgerbegehren eingeschränkt werden (zu: „Werbung für direkte Demokratie“, F.A.Z. vom 23. August).

Plebiszitäre Elemente waren vor allem im linksgrünen Lager beliebt. Der Dämpfer kam mit dem Aufkommen rechter Strömungen. Es könnten ja Themen hervortreten, die so gar nicht in das Weltbild der Protagonisten passen nach dem Motto: direkte Demokratie ja, aber nur zu unseren Bedingungen.

Deswegen ist es richtig, die Voraussetzungen einzuschränken bei Projekten von übergeordneter Bedeutung. Wer die Dauer von Genehmigungsverfahren kritisiert, wird keine Einwände erheben, zumal ja die Bürgerbeteiligung bleibt. Zu berücksichtigen ist auch die Alterung unserer Bevölkerung. Bestandssicherung lautet meist die Maxime fast im Sinne altrömischer Dekadenz. Auch deswegen ist das urdemokratische Instrument mit Vorsicht zu genießen.

■ **Christoph Schönberger, Aachen**

Sanitäranlagen schrecklich

In Frankfurt soll die Straßenbahn bis in den Stadtteil Höchst fahren (zu: „Verlängerung der Linie 11 hilft Höchst“, F.A.Z. vom 3. September).

In Ihrem Beitrag schreiben Sie, dass der Bahnhof Höchst durch die Verlängerung eine Aufwertung erfährt. Hoffentlich sind die Verantwortlichen so klug und kümmern sich auch um die sanitären Anlagen in diesem Bahnhof. Vielleicht machen sie sich mal die Mühe und schauen sich diesen schrecklichen Zustand an.

■ **Udo Messer, Friedberg**

Netto

Marken-Discount

KNALLER-ANGEBOTE

bis zu 33% gespart

Mango
Brasilien, Kl. I
Stück



Aktion

0,77*

GUTES Land
gekühlt

Gourmet Fruchtojoghurt
3,8% Fett, versch. Sorten
200 g (1.95 / kg)



-29%

0,39*

GUTES Land
Tilsiter
in Scheiben
400 g
(5.55 / kg)
gekühlt



Aktion

2,22*

30 Zusatz-Punkte



Südzucker Feiner Rüben Zucker
1 kg

-25%

1,11*

Haribo Fruchtgummi
versch. Sorten
160 – 175 g
(4.51 – 4.94 / kg)



-33%

0,79*

Bitburger Premium Pils oder Alkoholfrei
20 x 0,5 Liter Kiste
zzgl. Pfand 3.10
(1.05 / l)



Aktion

10,49*

ALLE ANGEBOTE AUCH DIGITAL

In der Netto-App oder unter netto-online.de



Montag, 16.09.24 – Samstag, 21.09.24

*Bisheriger 30-Tage-Bestpreis. Die abgebildeten Artikel sind nicht in allen Filialen erhältlich und können wegen des begrenzten Angebots schon am ersten Tag ausverkauft sein. Druckfehler/Irrtum vorbehalten. *Erhältlich bei Netto City (nicht in allen Sorten). Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen. Netto Marken-Discount Stiftung & Co. KG • Industriepark Pohlholz 1 • 93142 Maxhütte-Haidhof

EINE UNTERSCHÄTZTE ERKRANKUNG

Gürtelrose – ermitteln Sie Ihr Risiko



„Gürtelrose trifft nur sehr alte Leute – ich lebe gesund und bewege mich viel, bei mir hat die Gürtelrose keine Chance.“ Dies ist einer von vielen Irrglauben in Bezug auf die Nervenerkrankung. Die Tatsache ist: Jede dritte Person erkrankt im Laufe ihres Lebens an Gürtelrose – dabei kann es jeden treffen, der einmal Windpocken hatte. Denn das Windpocken-Virus verbleibt ein Leben lang im Körper und kann – sobald das Immunsystem schwächelt – eine schmerzhaft Gürtelrose auslösen. Und diese kann langwierige Folgen nach sich ziehen.

Zu den Personen, die ihr persönliches Risiko unterschätzt haben, gehört auch die 69-jährige Petra R.: Als sie mit 68 Jahren an Gürtelrose erkrankte, war sie zunächst davon überzeugt, dass das nicht schlimm ist. Es war nicht ihre erste Gürtelrose-Erkrankung. Von früher kannte sie die Nervenerkrankung als juckenden Ausschlag – doch Anfang 2023 kam alles anders. Während der typische sichtbare Ausschlag mit den roten Bläschen auf der Haut schnell abheilte, kamen nach einigen Tagen kaum auszuhaltende Nervenschmerzen dazu. Wochenlang kämpfte Petra Tag und Nacht mit den Schmerzen, bis sie nach drei Monaten endlich nachließen.

Angriff auf das Nervensystem

Was vielen nicht bewusst ist: Bei Gürtelrose handelt es sich nicht um einen harmlosen Hautausschlag, sondern um eine Nervenerkrankung. Kommt es zu einer Reaktivierung der Windpocken-Viren, wandern diese von ihrem Rückzugsort am Rückenmark entlang der Nervenbahnen zur Haut und können diese dabei

schädigen. Ist die Gürtelrose erst einmal ausgebrochen, ist es von großer Bedeutung, diese zu erkennen und zu behandeln, denn das Zeitfenster für den Therapiebeginn liegt bei 72 Stunden nach Auftreten der ersten Symptome.

Je früher mit der Therapie begonnen wird, desto besser sind die Behandlungschancen und auch die Chance, mögliche Langzeitfolgen zu vermeiden. Zu diesen zählen u.a. über Monate oder Jahre anhaltende Nervenschmer-

„Die Schmerzen waren schlimmer als bei der Geburt meiner Kinder.“

Petra, 69

Oft wird die Diagnose jedoch dadurch erschwert, dass die ersten Anzeichen einer Gürtelrose zunächst unspezifisch sein können. Sie können sich durch Fieber, Kopfschmerzen, Müdigkeit oder allgemeines Unwohlsein und Schmerzen äußern. Daher werden sie leicht für eine Erkältung oder Grippe gehalten – insbesondere, wenn die typischen roten Bläschen ausbleiben oder sich erst im späteren Verlauf

zen, die sogenannte Post-Zoster-Neuralgie, von der bis zu 30 Prozent der Gürtelrose-Patienten betroffen sind. Daher sollte auch bei unspezifischen Schmerzen und bei Auftreten eines Hautausschlags sofort die hausärztliche Praxis aufgesucht werden, wenn eine Gürtelrose vermutet wird.

Risiko trotz gesundem Lebensstil

Auch wenn man eine Gürtelrose für sich ausschließt, da man „einen aktiven und gesunden Lebensstil pflegt“, ist dies leider keine Garantie dafür, vor der Erkrankung geschützt zu sein. Wie der Rest des Körpers altert auch das Immunsystem und das bereits ab etwa 50 Jahren: Es werden weniger Antikörper gebildet und auch die Abwehrzellen verändern sich, was dazu führt, dass das Immunsystem mit zunehmendem Alter weniger effektiv auf eindringende Krankheitserreger reagiert und beispielsweise die Windpocken-Viren, die sich bereits im Körper befinden, weniger gut unter Kontrolle halten kann. Neben dem Alter können dauerhafter Stress, die Einnahme von immunsuppressiven Medikamenten und das Vorliegen chronischer Krankheiten wie Diabetes, Asthma oder Krebs weitere Ursachen für eine verminderte Leistungsfähigkeit des Immunsystems sein. Menschen mit einer chronischen Krankheit haben sogar ein um 30 Prozent erhöhtes Risiko, eine Gürtelrose zu entwickeln.

Wer sein persönliches Risiko kennt, kann vorsorgen. Daher ist es wichtig, sich frühzeitig mit dem eigenen Risiko auseinanderzusetzen und mit dem Hausarzt über Vorsorgemöglichkeiten zu sprechen – auch wenn man sich aktuell noch fit und gesund fühlt. Denn man weiß nicht, ob und wann es einen treffen könnte.

Den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) zufolge haben alle Personen ab 60 Jahren Anspruch auf eine Vorsorge-Impfung gegen Gürtelrose. Ebenso Personen ab 50 Jahren, die an einer Grunderkrankung (z.B. Diabetes, COPD, Asthma, Rheuma) leiden.

4 Gürtelrose-Fakten



Alle Personen, die einmal Windpocken hatten, können eine Gürtelrose entwickeln. Dazu zählen über **95% der Erwachsenen** in Deutschland.



1 von 3 Personen erkrankt im Laufe ihres Lebens an Gürtelrose.



Bis zu **30%** der Betroffenen leiden an langwierigen Folgen wie über Monate anhaltenden **Nervenschmerzen** (Post-Zoster-Neuralgie).

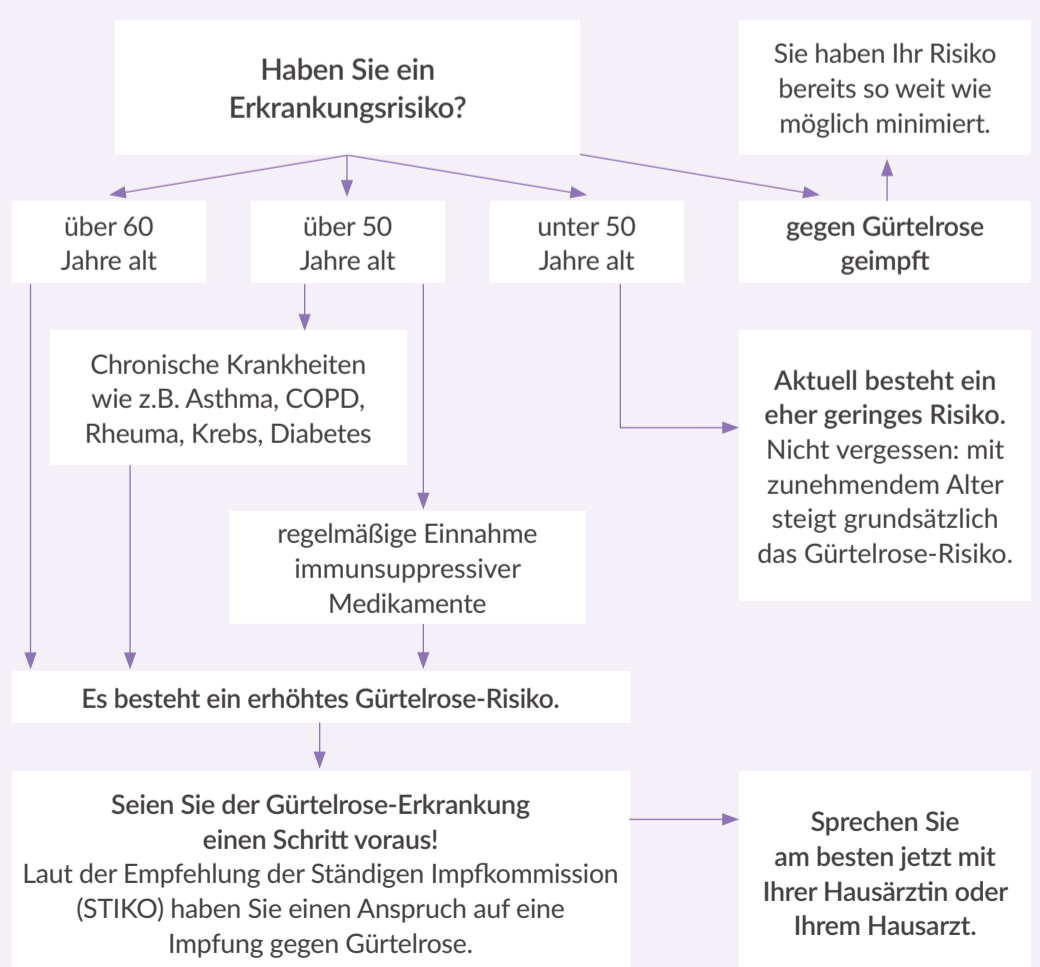


Gürtelrose kann wiederholt auftreten, auch mit unterschiedlichem Verlauf.

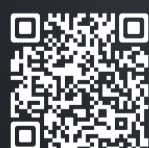
Ausführliche Informationen erhalten Sie in Ihrer Hausarztpraxis.

Fotos: © GlaxoSmithKline GmbH & Co. KG

Gürtelrose-Selbsttest



„Gürtelrose? Ich bin Anfang 50. Zu jung für eine Gürtelrose, dachte ich.“*



Mehr Infos & Risiko-Selbsttest: impfen.de/guertelrose

Die STIKO¹ empfiehlt eine Impfung ab 50 Jahren bei chronischen Erkrankungen und ab 60 Jahren für alle.

Unterschätzen Sie Ihr Risiko nicht. Lassen Sie sich ärztlich beraten.

